

11./11. 1916

## Zensur und Pressefreiheit.

### Beratungen im Hauptausschuß des deutschen Reichstages.

B. Berlin, 10. Jänner. Der Hauptausschuß des Reichstages befaßte sich mit den Fragen des Belagerungszustandes und der Zensur. Die Sozialdemokraten begründeten einen Antrag auf Aufhebung des Belagerungszustandes und Wiederherstellung der Pressefreiheit.

Ministerialdirektor Sewald betonte, die Reichsleitung halte an der Auffassung fest, daß die Voraussetzung für die Verhängung des Belagerungszustandes dann gegeben sei, wenn das Bundesgebiet oder Teile desselben bedroht sind.

In der Debatte kritisierten die Redner sämtlicher Parteien die Handhabung der Zensur und wandten sich gegen deren Ausdehnung auf wirtschaftliche Fragen sowie jene der Friedensziele. Die Redner wandten sich auch gegen die Beeinflussung der kleinen Provinzpresse durch die vom Ministerium des Innern abhängige neue Korrespondenz.

Der Regierungsvertreter betonte, es handle sich hierbei darum, auch den kleinen Blättern wahrheitsgetreues amtliches Material zu übermitteln.

Die Nationalliberalen brachten eine Resolution ein, dafür zu sorgen, daß unter dem Einfluß der Ausnahmsbestimmungen keine Einrichtungen geschaffen werden, die geeignet seien, auch in Friedenszeiten die Pressefreiheit und die Freiheit der öffentlichen Meinung zu beschränken, daß beim Kriegspresseamt und bei allen Generalkommandos Presseabteilungen aus Vertretern der Militärbehörde und sachverständigen Zivilpersonen gebildet werden, damit die Härten der Zensur beseitigt oder gemildert werden, und endlich, daß jedem Zeitungsverbot zunächst eine mit Begründung versehene Warnung an den Verlag vorausgehen müsse.

Die Weiterberatung findet morgen statt.